



## **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

### **50. Sitzung (öffentlich)**

4. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:30 Uhr bis 18:50 Uhr

Vorsitz: Wibke Brems (GRÜNE) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)</b>	<b>6</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11100	
	Vorlage 17/3977 Vorlage 17/4053	
	Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	
	Einführung durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	

– Wortbeiträge

**2 Gesetz zur Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen 12**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/11165

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/11165 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD zu.

**3 Notstand der Bauern – Bundesweite Bauernproteste gegen die Agrarpläne der Bundesregierung 13**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/7746

Ausschussprotokoll 17/1126 (Anhörung vom 23. September 2020)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/7746 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

**4 Der Wolf stellt eine Gefahr für Menschen und Tiere dar – Landesregierung muss endlich handeln und das Wolfsmanagement revidieren 16**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/10855

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/10855 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz  
50. Sitzung (öffentlich)

04.11.2020  
sd-ro

**5 Wachsende Waldbrandgefahr in NRW ernst nehmen – Brandprävention optimieren und effektive Brandbekämpfung ermöglichen 21**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/9797

Stellungnahme 17/3101  
Stellungnahme 17/3109  
Stellungnahme 17/3121  
Stellungnahme 17/3122  
Stellungnahme 17/3123

– wird nicht behandelt

**6 Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der Kunststoff-Kreislaufwirtschaft machen – Ein Forschungsinstitut für Kunststoffrecycling fördern 22**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/10840

– wird nicht behandelt

**7 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Hegeplanverordnung 23**

Unterrichtung  
durch den Präsidenten  
Drucksache 17/11411

Vorlage 17/3986

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss wurde angehört.

**8 Dürreschäden in der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft 2020 (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 24**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4033

– Wortbeiträge

**9 Wie groß ist der Rückstau in der Schweineschlachtung? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 28**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4055

– Wortbeiträge

**10 Wann kommt die Landesregierung endlich ihrer Berichtspflicht beim Wasserentnahmeentgeltgesetz nach? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 31**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4059

– Wortbeiträge

**11 Wie will die Landesregierung eine sichere Lebensmittelkontrolle garantieren? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 33**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4066

– Wortbeiträge

**12 Aktueller Stand Deponie Eyler Berg (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 39**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4054

– Wortbeiträge

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3977  
Vorlage 17/4053

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz

Einführung durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

**Stellv. Vorsitzende Wibke Brems (GRÜNE)** gibt an, die abschließende Beratung zum Haushalt finde in der Sitzung am 9. November statt. Sie verweise auf die schriftlich übersandte Einführung zum Einzelplan Vorlage 17/4053.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV)** führt in den Haushalt ein:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Sie haben den Bericht. Darin steht, welche Aufgaben finanziert werden, welche Ausgaben wir haben, welche landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Leistungen zu finden sind. Die Gemeinschaftsaufgabe ist bei uns im Ressort ein entscheidendes Thema.

Ich möchte noch ein paar inhaltliche Punkte herausgreifen. Das erste Thema ist – das wird Sie nicht wundern – das Thema „Tierhaltung und Tierwohl“. Es ist ein entscheidendes Thema in dieser Legislaturperiode, das uns begleitet. Die Nutztierhaltungsstrategie setzt sich in jedem Haushalt, den wir vorlegen, fort. Wir haben die Schweine sozusagen abgehandelt, wenn ich das salopp formulieren darf. Wir sind jetzt dabei, uns das Thema „Rinderhaltung“ vorzunehmen und uns insbesondere mit Klimaschutzthemen in der Tierhaltung zu beschäftigen. Da werden wir im Laufe der nächsten Monate auf Sie zukommen. Wir werden hinterher noch das Thema „Geflügel“ betrachten.

Zum „Stall der Zukunft“: Eine verbindliche Kostenrechnung wird für den „Stall der Zukunft“ Anfang 2021 vorliegen. Der Spartenstich für die Bautätigkeiten soll im Sommer 2021 erfolgen. Sie wissen, dass wir hier ein längeres Genehmigungs-drama hinter uns gebracht haben, was uns noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt hat, wo die Probleme liegen, wenn wir wollen, dass die Landwirte neue Ställe, modernere, nachhaltigere, tierwohlgerechtere Ställe bauen. Ergänzt wird der „Stall der Zukunft“ durch das Innovationscluster „Stallbau“. Wir haben die Initiative auf den Weg gebracht, um hier auch innovative Ideen rund um das Tierhaltungsthema besonders zu fördern.

Wichtiges Thema ist die „Tiergesundheitsdatenbank“, die Anfang des Jahres in zwei Landkreisen ins Pilotprojekt startet, sodass wir hier auch einen großen Schritt vorankommen. Wir hoffen, zum Ende dieser Legislaturperiode dies landesweit bereitstellen zu können. Der Einsatz der Datenbank wird pilotiert in den Landkreisen Soest und Wesel ab dem 1. Januar 2021.

Die Tierschutzbeauftragte startet bei uns am 1. Dezember. Sie hat ein normales Verfahren bei uns im Haus durchlaufen. Ich rege hier im Ausschuss an, dass sie sich einmal in Kürze hier vorstellt, sodass Sie einen Eindruck über ihre Tätigkeit bekommen können. Das ist das erste Thema, nämlich Tierhaltung.

Das zweite Thema, das uns wichtig ist, ist das Thema „Nachhaltigkeit und Klimaanpassung“. Die Nachhaltigkeitsstrategie haben wir vor einigen Wochen verabschiedet. Ich muss mich an der Stelle auch noch einmal bei allen anderen Ressorts für die kritisch-konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Es ist ein schwieriger Prozess, weil man in jedem politischen Themenfeld auch arbeitet. Da hat jeder seine eigenen Vorstellungen. Die Strategie ist jetzt so etwas wie ein Kompass. Die formulierten Indikatoren sollen uns auch dabei helfen, dass wir uns tatsächlich verantwortungsbewusst politisch verhalten.

Ein großes Thema sind die Themen „Grüne und Blaue Infrastruktur“. Auch hier muss ich Ihnen nichts Neues sagen. Der Klimawandel hat sich in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den letzten drei Jahren, deutlich bemerkbar gemacht. Wir haben mit Trockenheit zu kämpfen. Wir haben mit punktuellen Starkregenereignissen zu kämpfen. Das bedeutet, dass wir hier auch große Investitionen in die grüne Infrastruktur und in die tatsächlich blaue Infrastruktur tätigen müssen. „Blaue Infrastruktur“ meint hier, Möglichkeiten zur Verdunstung in den Städten. Wir haben über große Hitzeinseln, da, wo es sehr viel Beton und wenig Grün gibt.

Wir haben in Bochum ein Musterprojekt „Schwammstadt Bochum“, wo die ersten Dinge im Rahmen der Ruhrkonferenz ausprobiert werden, deren Mittel wir zum Teil auf das Haushaltsjahr 2021 überrollt haben. Wir werden noch erhebliche Maßnahmen zur grünen Infrastruktur im Ruhrgebiet machen. Meine Vorstellung ist, dass wir das, was im Ruhrgebiet im Rahmen der Ruhrkonferenz erfolgreich ist, tatsächlich für ganz Nordrhein-Westfalen anwenden können. Wir haben schon einen Förderaufruf „Grüne Infrastruktur NRW“. Wir müssen das auch noch zum Thema „Verdunstung etc.“ weiter machen. Wir haben ein Sofortprogramm für Kommunen in Höhe von 12 Millionen Euro zur Klima-Resilienz. Hier fördern wir umfangreiche Maßnahmen zur Klimaanpassung.

An mich herangetreten sind mehrfach Kolleginnen und Kollegen aus Kommunen aus dem ländlichen Raum, die dargestellt haben, mit welchen Klimaanpassungsproblemen sie zu kämpfen haben. Ich nenne hier jetzt nicht den Wald, darauf kommen wir gleich noch gesondert zu sprechen, aber welche Themen es dort tatsächlich gibt, dass etwa bei Starkregenereignissen ganze Äcker weggespült werden, in Dörfer, in Häuser hineindrücken. Wir überlegen jetzt, dass wir das eine oder andere Klimaanpassungsprogramm nicht nur im städtischen Raum durchführen, sondern künftig auch in der ländlichen Region.

Ein Thema, mit dem wir uns immer wieder, auch hier im Ausschuss und im Plenum beschäftigen, ist das Thema „Forstwirtschaft und Wiederbewaldung“. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, wie es aussieht. Alle Fraktionen haben das mit Anträgen begleitet. Wir konnten jetzt die Extremwetterförderung auf einen Höchstbetrag von 50.000 Euro hochsetzen. Natürlich klagen die großen Waldbesitzer nach wie vor, dass das tatsächlich zu wenig ist. Das können wir nicht ändern.

Unser Prinzip ist, dass jeder Waldbesitzer eine Chance hat, von diesen Mitteln zu profitieren. Deshalb haben wir hier diese Höchstgrenzen eingeführt. Ich befürchte schon, dass die 500 Millionen Euro, die aus dem Bund kommen – BMU und BML haben sich auf Förderungen geeinigt –, 100 Euro pro Hektar bzw. 120 Euro pro Hektar je nachdem, ob nach FSC oder PFC zertifiziert ist, mehr nach dem Windhund-Prinzip herausgegeben werden. Das ist etwas, was mich besorgt. Da haben automatisch die kleineren Betriebe eher das Nachsehen als die größeren. Das ist jetzt eine Vermutung von mir. Über die Förderrichtlinien des Bundes ist noch nichts bekannt. Wir müssen für Nordrhein-Westfalen sehen, dass wir unsere Förderungen weiter verstetigen, auch auf das nächste Jahr hin.

Wir haben das Wiederaufforstungskonzept mit allen Beteiligten abgestimmt. Auch da sind wir jetzt auf einem guten Weg. Wichtiges Thema für uns ist nach wie vor ist die Baumprämie und die Anerkennung der Öko-Systemleistungen der Wälder.

Ich darf noch ein weiteres Thema hervorheben, das ein bisschen aus dem Blick geraten ist, das ist das Thema „Luftreinhaltung in Nordrhein-Westfalen“ und das Thema „Dieselfahrverbote“. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: 14 Städte in Nordrhein-Westfalen wurden von der Umwelthilfe beklagt. Wir haben in 13 Städten einen Vergleich mit der Umwelthilfe vereinbart, einzig steht noch Düsseldorf aus. Ich werde in den nächsten Wochen mit dem neuen Oberbürgermeister in Gespräche darüber eintreten, wie wir den Luftreinhalteplan in Düsseldorf gestalten, sodass auch hier die Werte tatsächlich eingehalten werden. Herr Keller hat Erfahrung mit dem Thema. Mit ihm hatte ich im vergangenen Jahr die Vergleichsverhandlungen zu Köln begleitet, sodass man mit ihm nicht lange darüber reden muss, was tatsächlich nötig ist.

Warum nenne ich das Thema noch einmal in den Haushaltsberatungen? Die Vergleiche sehen so aus, dass wir auch zugestanden haben, dass, wenn der Eindruck ist, an der einen oder anderen Stelle wird es kritisch mit der Luftreinhaltung, neue Messstellen dort installiert werden können, sofern sie die BImSchG-Voraussetzungen erfüllen. Das alles bedeutet, dass wir das auch aktiv aus dem Haus heraus begleiten müssen, auch mit Förderprogrammen für die Kommunen. Ein Großteil liegt hier im Verkehrsministerium – Stichwort Elektrobusse –, ein Teil liegt aber auch bei uns im Haus.

Ein weiteres Thema, das uns umtreibt, ist das Thema „Naturschutz und Biodiversität“. Hier möchte ich insbesondere noch einmal auf das Thema „Flächenverbrauch“ eingehen. Wir sind das Thema „Flächenverbrauch“ über unser Flächensparprogramm angegangen. Hier ist wichtig, dass wir eine konstante, stetige Finanzierung des Altlastenverbandes erreichen, der für uns und die Kommunen Brachflächen von

Altlasten befreit, saniert. Dazu kommt das Element Brachflächenkataster, das es bisher nur für Flächen ab 2.000 m<sup>2</sup> gibt. Wir gehen jetzt runter auf 500 m<sup>2</sup>, sodass man einen besseren Überblick über NRW bekommt, wo freie Flächen sind, um nicht zu viele neue Flächen erschließen zu müssen. Wir werden das auch finanziell entsprechend begleiten.

Dazu kommt das Thema „Biodiversitätsstrategie“. Wir sind zurzeit an der Überarbeitung der Biodiversitätsstrategie bzw. am Abgleich. Was ist davon aus der bestehenden Biodiversitätsstrategie umgesetzt worden, welche Punkte sind noch offen? Wie können wir sie weiterentwickeln, an welchen Punkten? Das wird ein großes Thema im nächsten Jahr sein. Hier wird es vor allen Dingen auch darum gehen, die Biodiversitätsstrategie ein Stück weit auf den urbanen Raum auszudehnen. Ich glaube, es ist zu kurz gedacht, dass Biodiversität ausschließlich im ländlichen Raum stattfindet. Die Städte sind hier genauso wichtig.

Letztes Thema, das ich anspreche, ist der Verbraucherschutz. Mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sind wir dabei, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Landtag, einen neuen Vertrag für die kommenden fünf Jahre zu schließen, um unsere bewährte Vereinbarung fortzusetzen. Ich glaube, es ist wirklich ein positives Alleinstellungsmerkmal, das Nordrhein-Westfalen hat, dass bei uns die Verbraucherzentrale kontinuierlich finanziert ist. Wir bauen die Finanzierung noch einmal um 4,5 Millionen Euro aus. Das hat etwas damit zu tun, dass es um neue Beratungsstellen auf der einen Seite geht, auf der anderen Seite, dass es auch um weitere Themen geht wie die „Digitalisierung der Beratung“, aber auch um Themen der „Digitalisierung“.

Das waren in aller Kürze ein paar Themen, die wir angepackt haben. – Die Flugrechte-App ist im Moment nicht das, was die Menschen wirklich brauchen, das muss ich offen zugeben. Die Zeiten werden sich aber hoffentlich wieder ändern. Hier sind vier weitere Bundesländer in die Finanzierung eingestiegen, nämlich Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein, die auch noch Wünsche haben, was Gepäck und Ähnliches angeht. Es geht um eine tatsächliche Verbreiterung des Angebots dieser App. Das sind in aller Kürze die Themen. Die Zahlen haben Sie noch einmal im Bericht, natürlich im Einzelplan 10 ohnehin. – Danke schön.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** verweist auf die Praxis, dass der Ausschuss kurze Nachfragen zu einzelnen Positionen stelle. Für zwei Punkte wolle er die Ministerin loben. Die Mittel im Bereich Verbraucherschutz und Internationale Gartenausstellung würden deutlich erhöht. Das fänden die Grünen außerordentlich positiv.

Was allerdings hervorsteche, sei die wiederholte Erhöhung der Erstattungsaufwendungen im Bereich Landwirtschaftskammer. Das habe sich in den letzten vier Jahren um knapp 30 Millionen Euro erhöht. Das sei beträchtlich. Das könne man nicht nur so zur Kenntnis nehmen. Er wüsste gerne, wie es sich erklären lasse, dass es so einen immensen Aufwuchs gebe.

Im Vergleich dazu seien die Mittel bei den Biologischen Stationen kontinuierlich auf einem Niveau. Da würde ihn eine Einschätzung interessieren, ob die Ministerin glaube, dass es ein Dauerzustand sei, dass die Biologischen Stationen dauerhaft mit diesem Betrag auskommen würden. Im Verhältnis sei das sehr unterschiedlich.

Die Ministerin habe die Stelle Tierschutzbeauftragte angesprochen. Er habe nichts dazu gefunden, ob mit der Stelle auch irgendwelche Sachmittel verbunden seien.

Die Umschichtung der Mittel, direkte, indirekte Förderung, tauche auf. In dem Haushalt würden 12,5 Millionen Euro nicht mehr als Zuweisung an den Landesbetrieb „Wald und Holz“ gehen, sondern als Zuschuss an die Waldbesitzer gehen. Die Waldbesitzer könnten sich anders entscheiden. Sie müssten nicht den Landesbetrieb beauftragen. Er frage, welche Auswirkungen das für den Landesbetrieb „Wald und Holz“ habe.

**André Stinka (SPD)** kommt auf den Themenkomplex AAV zu sprechen. Die Ministerin führe in ihrer Rede wieder aus, dass aus dem Konjunkturpaket Mittel zur Verfügung gestellt würden. Er bitte, das näher zu erläutern. Des Weiteren wüsste er gerne, ob die gleichen Mittel auch 2021 zur Verfügung stünden. Im Jahre 2020 sei es um 7 Millionen Euro gegangen. Er frage, ob damit auch 2021 gerechnet werden könne.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV)** legt dar, die Landwirtschaftskammer habe in den letzten Jahren eine Reihe zusätzlicher Aufgaben übernommen, die verstetigt werden sollten. Dazu zähle beispielsweise die Biodiversitätsberatung. Die wäre Ende des Jahres beispielsweise ausgelaufen. Sie solle fortgesetzt werden, weil sie ein absolutes Erfolgsmodell der Landwirtschaftskammer gewesen sei.

Das Zweite, das die Landwirtschaftskammer übernehme, sei das Thema „Begleitung der Wasserkoooperationen“. Hier werde man sich umstellen müssen. Durch die neue Düngeverordnung gebe es ein neues Verhältnis zum Thema „Ordnungsrecht“, auch mit Blick auf das Wasser. Das Ministerium wolle weiterhin, dass die Landwirtschaftskammer das Thema „Wasser“ intensiv begleite. Zu der genaueren Aufteilung bei der Landwirtschaftskammer werde Herr Kaschny gleich noch etwas sagen.

Was die Biologischen Stationen angehe, so hätte sie da auch gerne noch mehr gemacht. Jetzt sei die Erhöhung der Mittel dafür vorgesehen, die Personalkosten auszugleichen. Man sei ein wenig darüber hinausgegangen.

Zum Thema „Tierschutzbeauftragte“: In diesem Jahr sei die Ausstattung nicht so hoch gewesen, wie sie für die Tierschutzbeauftragte hätten sein müssen. Für das nächste Jahr habe sich die Sachbearbeitung geändert. Herr Kaschny werde gleich dazu etwas sagen.

Zur Förderung der direkten und indirekten Mittel werde Herr Kaiser gleich etwas sagen. Der Landesbetrieb „Wald und Holz“ bereite sich seit geraumer Zeit darauf vor, dass es hier zu Änderungen komme. Sie würden für eine Menge Waldbesitzer weiter arbeiten. Sie habe den Eindruck, auch wenn sie auf den Leitungsklausuren sei, dass man sich bei „Wald und Holz“ sehr gut auf die Veränderungen einstelle. – Die Zahlen zum AAV werde Herr Kaschny jetzt nennen.

**MDgt Achim Kaschny (MULNV)** beginnt mit dem Tierschutzbeauftragten, der im vergangenen Haushalt bereits veranschlagt worden sei. In diesem Haushalt sei eine ergänzende Sachbearbeiter-Stelle hinzugekommen. Es sei nach Sachmitteln gefragt worden. Der Tierschutzbeauftragte brauche keine Fördermittel. Die Sachmittel, die er möglicherweise brauche, stünden im Haushalt und seien innerhalb der Verwaltungsmittel veranschlagt. Explizit seien für den Tierschutzbeauftragten keine Mittel veranschlagt worden. Das sei auch nicht notwendig. Man sei auf EPOS umgestellt und habe dadurch einen Zugriff auf die üblichen Verwaltungsausgaben, die er brauche, keine Fördermittel. Er verweise auf Kapitel 10 040, Titelgruppe 72 mit 1,2 Millionen Euro.

Der AAV bekomme noch 7 Millionen aus Corona-Mitteln. Das sei auch durch den HFA gelaufen.

Dann sei nach der Spezifizierung der einzelnen Aufgaben für die Landwirtschaftskammer gefragt worden. Da sei er etwas überfragt. Das Haushaltsreferat sei im Moment dabei, die Finanzierungsvereinbarung neu zu regeln. Darin enthalten seien unter anderem die gestiegenen Personalkosten mit einem nicht unwesentlichen Betrag. Auch darin enthalten seien die Pensionslasten, die vom Land zu 92,5 % für die ausgeschiedenen Beamten getragen würden. Bezüglich der fachspezifischen Themen rege er an, eine Vorlage zu erstellen. Gegebenenfalls könne er das auch in der nächsten Ausschusssitzung entsprechend vortragen.

**André Stinka (SPD)** fragt nach. 2020 sei klar, das seien 7 Millionen Euro. Er frage, ob man auch 2021 damit rechnen könne.

**MDgt Achim Kaschny (MULNV)** verneint diese Frage. Diese Beschlüsse aus dem Konjunkturprogramm für das Jahr 2020 im HFA beschlossen worden. Es gebe Signale, die im HFA von Minister Lienenkämper akzentuiert worden seien, dass man die Mittel auch, wenn man sie nicht verausgaben würde, im nächsten Jahr zur Verfügung habe. Das müsste über den Haushalt 2021 geregelt werden. Ob da neue Mittel geplant seien, das könne er nicht vorhersagen.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV)** ergänzt, man werde es auf jeden Fall versuchen.